

Enervis-Analyse

Marginale Effekte

[17.04.2023] Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke war für eine sichere Stromversorgung in Deutschland nicht notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Enervis im Auftrag von Greenpeace.

Laut Atomausstiegsgesetz sollte der Betrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke in Deutschland ursprünglich am 31. Dezember 2022 enden. Die Bundesregierung beschloss jedoch im November 2022, die Atomkraftwerke bis zum 15. April 2023 weiter zu betreiben, um möglichen Energieengpässen durch den Ukraine-Krieg zu begegnen. Diese Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke war für die sichere Stromversorgung Deutschlands im vergangenen Winter nicht notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Analyse-Instituts Enervis im Auftrag der Ökoenergie-Genossenschaft Green Planet Energy und der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Laut Enervis-Studie sank die Stromproduktion der drei Kernkraftwerke zwischen November 2022 und April 2023 auf rund 12,2 Terawattstunden Strom. Das sind rund 30 Prozent weniger als in den Vergleichszeiträumen der vergangenen fünf Jahre. „Die ohnehin reduzierte Stromproduktion der drei Reaktoren hätte jederzeit durch verfügbare Gaskraftwerke ersetzt werden können“, sagt Studienleiter Tim Höfer von Enervis. Und: Das Ziel, durch den Weiterbetrieb nennenswerte Mengen des knappen Erdgases einzusparen, wurde nur in sehr geringem Umfang erreicht: Insgesamt sank der Erdgasverbrauch um 2,2 Terawattstunden, was etwa 0,3 Prozent des bundesweiten Erdgasverbrauchs entspricht.

Auch andere Effekte, die in der politischen Debatte um den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken eine Rolle spielten, waren laut der Analyse nur marginal: So produzierten fossile Kraftwerke durch den zusätzlich eingespeisten Atomstrom zwar insgesamt rund 2,4 Terawattstunden weniger Strom. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen sanken aber nur um 0,2 Prozent bezogen auf die gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland im Jahr 2022. Auch der dämpfende Einfluss der Laufzeitverlängerung auf die Strompreise war gering. Diese sanken im Jahr 2023 nur um 2,1 Euro pro Megawattstunde (MWh) und stiegen im Jahr 2022 sogar leicht um 0,2 Euro/MWh an – bei einem durchschnittlichen Strompreis von 235 Euro/MWh im Jahr 2022.

Carolin Dähling, Leiterin Politik und Kommunikation bei Green Planet Energy, kommentiert die Ergebnisse der Studie so: „Rückblickend hätte die Bundesregierung die Reaktoren damals wie geplant vom Netz nehmen sollen. Erneuerbare Energien, Energiesparmaßnahmen und Flexibilität im Netz haben uns in diesem Winter deutlich mehr geholfen als die drei Atomkraftwerke.“

(al)

Studie von Enervis zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken (PDF)

Stichwörter: Politik, enervis, Greenpeace, Kernkraftwerke